

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die drei Hebel

Vor fünfzehn Jahren sprachen wir alle von einer Selbstverständlichkeit, wenn wir betonten, daß die christlichen Arbeiter den Gewerkschaften, Konsumvereinen und Arbeitervereinen angehören müßten. Diese drei Organisationen bezeichnete man als die drei Hebel, mittels deren der Stand der Arbeiter materiell und geistig gehoben werden sollte. Heute müßte das noch viel selbstverständlicher sein, ist es aber in Wirklichkeit nicht. Der Krieg hat die Arbeitererschaft vier Jahre hindurch körperlich und geistig so in Anspruch genommen, daß sie kaum dazu kam, an sich und ihre Standesangelegenheiten zu denken, und die Nachkriegszeit mit ihrer grauigen Inflation konzentrierte das Interesse der Arbeitererschaft so auf den Augenblick, daß sie kaum eine höhere Idee fassen und sich über größere Zusammenhänge klar werden konnte. Um so wichtiger ist es jetzt, da wir wieder festen Boden unter den Füßen haben — allerdings auch wieder ganz unten auf dem Boden stehen und mit manchem Fortschritt erst wieder von vorne anfangen müssen — uns die großen Gesamtzusammenhänge unserer Bewegung aufs neue zum lebendigen Bewußtsein zu bringen, auf daß wieder ein planmäßiges Streben in die ganze christliche Arbeitererschaft hineinkommt, ein Streben, das eben deshalb, weil es planmäßig ist, auch erfolgreich sein muß.

Gelegentlich gefällt man sich darin, den Arbeiter in seine Teile zu zerlegen. Man tut das, um seine verschiedenartigen Interessengebiete aufzuzeigen. Bei dieser Zerlegung nennt man den einen Teil des Arbeiters Produzent, den andern Konsument, und schließlich findet man, der Arbeiter hat nicht nur zwei Hände und einen Magen, er hat auch noch etwas anderes: Verstand und Herz — er ist ein geistig-sittliches Wesen. Die Zerlegung des Arbeiters in diese Teile gefällt uns zwar nicht, denn schließlich ist der Arbeiter doch in allem und in jedem Betracht ein Ganzes, er ist Mensch, aber lassen wir sie heute einmal gelten.

Der Arbeiter ist Produzent, er steht in der Gütererzeugung. Aber er nimmt eine besondere Stellung ein in der Produktion. Er ist heischlos und darum ohnmächtig und unselbständig. Die fortschreitende Technik drückt ihn mehr und mehr zum Handlanger der Maschine herab. Er ist nicht führend in der Produktion, er ist folgend. Er bekommt nicht den Gewinn seiner Arbeit, er ist Lohnempfänger. Aus der Eigenart seines Wesens in der Gütererzeugung ergeben sich nun für ihn eine Reihe von Interessenfragen, die sich in der Hauptsache auf seine Stellung im Betrieb, auf die Arbeitsmethode, auf die Arbeitszeit und auf den Lohn beziehen. Welche Stellung ist ihm in der Produktion eingeräumt? Wie ist seine Menschenwürde geachtet und gewahrt? Ist er ein freier Arbeiter oder ist er doch nur Knecht, ein moderner Sklave? Ist er Schaffer oder ist er nur Handlanger? Gestatten ihm Lohn und Arbeitszeit auch einmal als Mensch aufzutreten, sich auf sich, auf sein besseres Selbst zu besinnen, etwas für sein geistiges Leben zu tun, oder wird er bewertet wie ein Arbeitstier, dem man nur so viel Stallruhe und Futter gibt, als es unbedingt nötig ist, um bei Kräften zu bleiben und zu arbeiten? Alle diese Fragen sind von größter Bedeutung für den Arbeiter, gehen sie doch in die Tiefe seines ganzen Lebens hinein. Allein aber kann er nichts tun, die Fragen zu einer guten Lösung zu bringen. Da kommt die Gewerkschaft! Sie will die Arbeiterschaft sammeln zu gemeinsamer Kraftentfaltung. Was dem einzelnen an Kraft und Einflußmöglichkeit abgeht, will sie durch den solidariischen Zusammenschluß in der Organisation ersetzen. Sie will den Lohn so gestalten, daß der Arbeiter mit seiner Familie davon leben kann. Sie erstrebt eine Arbeitszeit, die verhalten soll, daß die Kräfte des Arbeiters vor der Zeit verbraucht werden, die dem Arbeiter gestatten soll, Mensch, d. h. Kulturwesen, Familienvater und Staatsbürger zu sein. So kommt die Gewerkschaft dem Arbeiter zu Hilfe, die wirtschaftlichen Nöte des Tages zu überwinden. Aber über diese Tagesangelegenheiten hinaus bemüht die Gewerkschaft sich, die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit zu Einfluß und zur Mitbestimmung im Betrieb und in der Wirtschaft zu bringen. Sie geht noch weiter! Immer bestimmer treten die Gewerkschaften dafür ein, die Arbeiterschaft auch am Besitz der wirtschaftlichen Unternehmungen maßgebend zu beteiligen. Die Festbeteiligung der Arbeiter ist keine Frage, die im Handumdrehen gelöst werden kann. Sie ist ein Problem, das noch einer gründlichen Bearbeitung bedarf, das aber schließlich einmal gelöst werden muß und wird. Der Arbeiter also, soweit er als Produzent in der Frage kommt, findet Schutz und Heil und Förderung in der gewerkschaftlichen Organisation. Das Ziel der Gewerkschaft steht fest, in welchem Maß es aber verwirklicht wird, das hängt

lehten Endes sehr wesentlich ab von der materiellen und geistigen Kraft der Gewerkschaft. Die materielle und geistige Kraft kann der Gewerkschaft aber nur aus der Arbeiterschaft selbst kommen. Und was ist darum selbstverständlicher, als daß der vernünftige Arbeiter sich der Gewerkschaft anschließt und ihr nach besten Kräften dient? Diese Erkenntnis muß wieder Gemeingut der Arbeiterschaft werden, und die Arbeiter müssen mutig und opferbereit die Folgerungen daraus ziehen.

Der Arbeiter ist Konsument, er nimmt teil an der Güterverteilung. Aber auch in der Konjunktion nimmt er wieder eine eigenartige Stellung ein. Zwar hat er einen normalen Lebensbedarf wie jeder andere Mensch: er muß essen, trinken, sich kleiden, wohnen. Jedoch zeichnet ihn auch hier seine Besitzlosigkeit und damit Einflußlosigkeit auf die Verteilung der Güterverteilung aus. Er besitzt nichts, das er selbst in den Konsum geben, womit er Rechte und Ansprüche erwerben könnte. Er hat als einzelner keine Möglichkeit, die Güterverteilung zu beeinflussen, und doch hat er eine Reihe wichtiger Interessenfragen an die Güterverteilung: Was wird verteilt? Das in erster Linie wirklich Notwendige für den Lebensbedarf, oder das Ueberflüssige, das Nützliche, der Luxusartikel? Wird die Güterverteilung nach dem Bedarf oder nach der Reklame geregelt? Wird an den Konsumenten herangebracht, was er wirklich notwendig hat oder was der Händler gerne verkaufen möchte, weil es mühselos und guten Gewinn verspricht? Aus Südbel wurde berichtet, daß dort 1914 103, 1925 nur noch 69 Einwohner auf eine eingetragene Handelsfirma kamen. Diese Ziffern sprechen Bände, insbesondere geben sie einen wesentlichen Grund dafür an, warum die Preise so unerreichbar hoch sind. Wie wird verteilt? So, daß es wirklich eine Güterverteilung, oder so, daß es nur lediglich ein gutes Geschäft ist? Geht die Güterverteilung im Dienste des Menschen oder im Zeichen des Spekulationsgewinnes vor sich? Der Arbeiter als einzelner hat auf all das nicht den geringsten Einfluß. Er kann die Güterverteilung nicht in bestimmte Bahnen zwingen und kann sie nicht dazu bringen, sich dem Bedarf anzupassen, er kann sie nicht reinigen von den Schäden der Reklame und der gemeinen Spekulation, er hat keinen Einfluß auf die Preisgestaltung. Als einzelner Konsument ist der Arbeiter dem Handel ausgeliefert. Da erscheint der Konsumentenverein! Durch Zusammenschluß Millionen einzelner will er erreichen, was der einzelne nicht zu erreichen vermag. Er tritt als Macht auf. Er kauft als Genossenschaft im großen ein und gibt seinen Mitgliedern im Kleinen ab. Darin liegt seine Bedeutung und seine Kraft. Diese seine Kraft paßt er dem Bedarf an. Er vermittelt das Lebensnotwendige. Er ersetzt nicht durch Reklame, was der Ware an Güte fehlt. Seine Kraft wendet er auf, um gute Ware und diese gute Ware billig zu vermitteln. Aber auch der Konsumentenverein beschränkt sich nicht auf das Nützliche, er greift darüber hinaus und sucht durch Eigenproduktion seine Mitglieder an der Wirtschaft zu beteiligen und ihren Einfluß zu stärken und geltend zu machen, wobei er sich nicht nur der eigenen Kapazitäten, sondern auch der Sparmittel der breiten Volksmassen bedienen möchte. Aber bei den Konsumenten ist es gerade wie bei den Gewerkschaften. Ihre Leistungsfähigkeit und ihr Erfolg hängen von ihrer Kraft, ihrer Entfaltung und Einflußmöglichkeit ab. Diese aber empfangen sie von den breiten Schichten des Volkes. Und darum ist es für jeden Arbeiter, der über den Tag hinaus denkt, der voran will, eine absolute Selbstverständlichkeit, daß er neben der Gewerkschaft auch dem Konsumenten angehört.

Schließlich ist der Arbeiter auch ein geistig-sittliches Wesen. Er hat Verstand und Seele. Er ist ausgestattet mit der Würde der Gottähnlichkeit. Gerade so wie jeder andere. — und doch nicht! Von Natur aus freilich geht ihm nichts ab, was Menschen an inneren Anlagen und geistigen Kräften besitzen. Aber ihm fehlen die äußeren Mittel, das Obel in sich zur Vollkommenheit zu entwickeln. Nicht wahr, es ist etwas ganz anderes für die Entwicklung der Gemütsanlagen, ob ein Kind in einer stunden, dumpfen, licht- und schmerzlosen Wohnung geboren wird und aufwächst, oder ob es von den ersten Lebenstagen an von Schönerem und Göttem umgeben wird. Es ist gewiß auch etwas ganz anderes für die Verstandesbildung, wenn ein Mensch an dem höheren Schul- und Bildungsweien teilnehmen kann, anstatt nur die Volksschule zu besuchen und dann dem Brode nachzugehen. Und schließlich ist es etwas ganz anderes für die Allgemeinbildung des Menschen, ob er vom 14. Lebensjahre an in der Grube oder hinter russischen Maschinen steht, oder ob er in größeren Reisen seinen Geisteszustand erweitern kann. Der Arbeiter entbehrt der äußeren Bildungsmittel. Er steht im Schatten, wo andere sich sonnen! Und doch ist er Mensch, der mit dem Menschen

ringen muß, der Pflichten zu erfüllen hat der Gemeinschaft gegenüber und vor sich selbst. Wie fängt er es an, trotz des großen Mangels an äußeren Mitteln innerlich nicht in Armut zu verkümmern, nicht unterzugehen in stumpfer Dummheit, sondern innerlich reich zu werden, die edlen Kräfte in sich zu entfalten, sich zu erheben zu dem Edlen und Schönen, das das Leben uns bietet? Da tritt ihm der Arbeiterverein zur Seite! Der Arbeiterverein will sich seines Menschen, seines Geistes, seiner Seele annehmen. Er will ihn in die Wissensgebiete einführen, er will seine edlern Kräfte zur Entfaltung bringen, er will seine innere Kultur pflegen. Er bietet ihm Vorträge und Kurse in den Angelegenheiten, die das Leben des Arbeiters angehen. Er lädt ihn ein, in religiöser Selbstbestimmung starke Kräfte zu gewinnen, er bittet ihn zu Familien- und Heimatabenden, er hilft ihm, das Glück des Familienlebens erkennen, er berät ihn, sein Heim einzurichten, er macht ihn mit den großen und tiefen Fragen des Staats- und Gemeinschaftslebens bekannt, er gibt ihm ein Standesblatt in die Hand, er führt ihn ein in die gute Literatur, er leitet ihn an, sich die edlen Werte einer erhabenen Kunst zu eigen zu machen. Die Wirksamkeit des konfessionellen Arbeitervereins liegt vorwiegend auf geistig-kulturellem Gebiet. Sein engstes Arbeitsgebiet ist der Geist, die Seele. Der Arbeiterverein wirkt nicht durch die Macht der Organisationszahlen, sondern durch die Kraft der Idee. Aber auch sein Erfolg ist davon abhängig, daß die christlichen Arbeiter sich ihm anvertrauen, das von ihm Dargebotene freudig ergreifen und in sich aufnehmen. Darum ist es so natürlich, daß der wirklich ernst strebende Arbeiter, der Arbeitsmensch, der nicht untergehen will, sich seinem Arbeiterverein anschließt und aus dessen Quellen schöpft. Und warum wäre das jemals notwendiger gewesen als gerade heute? Heute, in einer Zeit, die materiell und geistig vorantritt, in der die Technik triumphiert und das Amüsament die Menschen beherrscht!

Der Arbeiter ist Produzent, Konsument und geistig-sittliches Wesen. Alles in einer Person! Als Produzent, Konsument und auch als geistiges Wesen ist er in Volk, Gewerkschaft, Konsumentenverein und Arbeitervereine bieten ihm die Hand, um ihm zu helfen. Jede Organisation in ihrer Art, jede mit ihren Mitteln. Wir sagten schon, daß uns die oben angeführte Zerlegung des Arbeiters nicht gefalle. Der Arbeiter ist eben Mensch, in allem Mensch. Er ist ein bedrückter, ein bedrängter Mensch, ein Mensch, der Not leidet. Alle Hilfe, die ihm geleistet wird, muß darum dem Menschen Arbeiter helfen, und in der Hilfe für den Menschen muß jede einzelne Hilfe ausfließen. Gewerkschaft, Konsumentenverein und konfessionelle Arbeitervereine müssen darum harmonisch ineinander greifen. Wie drei Hebel, die von drei Seiten angefaßt werden: sie müssen gleichzeitig und gleichmäßig drücken. Sie bedürfen sich gegenseitig und ergänzen sich. Was nützt die Lohn-erhöhung durch die Gewerkschaft, wenn der Konsumentenverein nicht gleichzeitig vertritt, daß das Mehr an Lohn durch ein Mehr an Warenpreis sofort wieder verzehrt wird — und was nützt der materielle Erfolg beider Organisationen, wenn nicht der Arbeiterverein den materiellen Gewinn in höhere Kulturwerte umzumünzen weiß? Erst in der Zusammenfassung aller Kräfte liegt das Heil. Nicht nur muß jeder christliche Arbeiter jeder der drei Organisationsrichtungen angehören und tätigen Anteil an ihnen nehmen, die drei Organisationsrichtungen der Arbeiterschaft müssen auch Hand in Hand arbeiten in dem stets lebendigen Bewußtsein, daß sie nur in der Zusammenfassung Sollen und Können sind und Sollen und Können können.

Währung, Kapitalbildung, Löhne

Bestimmen, wie die Bereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nun einmal ist, beschäftigt sie ihrer bekannten Zeitschrift „unerbittliche Richtigkeit“. Das hat selbst den Jörn eines so unternehmerfreundlichen Blattes, wie es die „Kölnische Zeitung“ ist hervorgerufen. In ihrer Nr. 43 unterzieht sie die Zeitschrift einer recht unfairen Kritik. Vor allem bedürfe der Zusammenhang des Lohnproblems mit der Währungspolitik und der Kapitalneubildung der Klärung — diese ist also durch die Arbeitgeberzeitschrift nicht herbeigeführt. Ja, die Zeitschrift ließe sogar zu diesem Zusammenhang „einige Fruchtgeschüsse und Irrtümer“. Wenn die Unternehmer ihre Lohnpolitik mit theoretischem Hintergrund vor Regierung und Öffentlichkeit vertreten wollten,

müßten sie dies „unfassend und vorbehaltslos und nicht einseitig“ tun. Je weniger sich eine Arbeitgeberkündigung an die volkswirtschaftliche Einsicht wende, um so eher würden ihre Beweise zerpfückt und ohnmächtig werden.“ Allerdings! Nur kommt die Warnung der „Köln. Ztg.“ zu spät. Die „Beweise“ der Arbeitgeberkündigung sind bereits zerpfückt und ohnmächtig geworden, eben weil sie „die gegebenen Grenzen ihrer Beweisführungen“ nicht beachtete.

Was die „Köln. Ztg.“ ihrerseits zu den erwähnten Zusammenhängen zu sagen hat, verdient festgehalten zu werden. Von den Lohnerhöhungen stellt sie fest, daß ihr „Einfluß auf die Wahrung verhältnismäßig gering“ sei. Heute beruht die Festigkeit der Währung so gut wie ganz auf der „Diskont-, Deckungs- und Geldumlaufspolitik der Reichsbank und der Finanzpolitik des Staates, und zwar nicht nur währungstechnisch, wie es die Lenkungsrichtlinien der Vereinigung annimmt, sondern auch weitgehend währungsökonomisch. Zwischen Lohnerhöhung und Währungspolitik stehen zunächst auffallend die Betriebe und Banken, und zwar keineswegs in erster Linie die Reichsbank, sondern die für den Industriekredit in Frage kommenden Privatbanken. Sie sind im Begriff, ihr Vorkriegsverhältnis zur Industrie bis zu einem gewissen Grade wiederzuerobern, eine Entwicklung, die angesichts der jüngsten Konzernauflösungen und Besitzkonzentrationen deutlich wurde. Es ist auch nicht so, daß eine Lohnerhöhung notwendig inflationistische Wirkungen habe. Sie schöpft ja kein neues Geld, sondern nimmt nur eine Geldvermehrung vor. Sie würde erst dann hinsichtlich der Kaufkraft schöpfen, dem gleichbleibenden Gütervorrat eine größere Geldmittelmengung entgegenstellen, wenn sie durch staatliche Herausgabe neuer Zahlungsmittel finanziert würde. Daran denkt aber kein Reich. Auch wenn die Lohnerhöhungen mit Krediten finanziert würden, die alsdann unmittelbar in den Konsum übergingen, hätte das keinen unmittelbaren und wenig mittelbaren Einfluß auf die Lage der Währung bei ihrer heutigen Verankerung. Normale Kredite bedeuten Güterabenderhebungen, hinter denen bereits geschöpftes, verfügbares Geld steht, keine Neuschöpfungen von Geldzeichen. Wenn auch die Banken den Betrieben Kredit geben, gibt diesen darum die Reichsbank keinen höheren Kredit. Der Kiesel liegt hier im richtigen, regelnden Dissonanz. Zwischen Lohnerhöhung und Währungsbeeinflussung wirken also einige Schranken und Puffer. Sie bestimmen die Möglichkeit der nicht aus den Betrieben heraus gewährten, sondern durch Kredite finanzierten Lohnerhöhungen und ihre Wirkungen auf den Finanzmarkt, nicht umgekehrt.“

Bemerkenswert ist noch, was das Kölner Blatt über die Beziehungen zwischen Lohnpolitik und Kapitalneubildung ausführt. Diese Beziehungen seien zueinander zweifach. Wir müssen zweifach zur Neubildung von Auslandskapital kommen, um die gefährliche Investition ausländischer Kapital abzulösen. Neues Kapital bildet sich aber auf verschiedene Weise. Die mannigfachen Zweige der Kapitalbildung haben vor dem Kriege eintätig ihren Vorrang je nach der Konjunkturlage wechselnd, zusammengeordnet, um unseren Produktionsrahmen aufzubauen und im Auslande gewinnbringend zu werben. Einmal wuchs Kapital unmittelbar aus den Gewinnen der Unternehmungen. Es sammelte sich nicht aus breiter, volkswirtschaftlicher Zerstreuung, sondern war Anlage aus erster Hand. Auf der anderen Seite strömte Kapital aus Hunderttausenden von Sparethänden zusammen zu einem beträchtlichen Strom, den die Zentralbanken der Banken ebenfalls

zur Produktion leiteten. Zwischen diesen beiden Polen der Kapitalbeurteilung wirkten noch andere Mächte, so vor allem das in diesem Umfange befindliche Konsumkapital, das in engem Rhythmus mit dem Sparkapital zunahm und ebenfalls zur Belebung der Erzeugung unbedingt notwendig ist. Ueber die Rolle dieses Konsumkapitals, das sich in der Kaufkraft ausdrückt und die Grundlage des Inlandmarktes ist, bestehen Unklarheiten haben und drüben. Natürlich ist es töricht eine Belebung des Inlandmarktes von der unmittelbaren, mechanischen Hebung der Kaufkraft der Massen durch Lohnerhöhungen ausgehen lassen zu wollen. Die Produktion wird um diese Beträge zunächst geschwächt und bekommt sie im Verbrauchskreislauf nicht einmal sicher zurück, da ein gewichtiger Teil dieser Beträge der Auslandsbezeugung zugute kommt, ganz abgesehen davon, daß dies lediglich zur Hebung der Kaufkraft verwandte Geld ja zunächst nicht wirkt und erzeugt, maxzistisch ausgedrückt: Mehrwert heft. Das muß es aber zunächst Andererseits brauchen wir nicht nur Sparkapital zu künftiger Investition, sondern ebenso notwendig Umschlagkapital, das in der Hauptsache ja Konsumkapital ist. Der Umschlag der Güter ist zu schleppend, und daher der Rhythmus der Erzeugung schwach und mit Verläufen durchsetzt. Es hat also keinen Zweck, einseitig zu mahnen: Wenig verbrauchen, viel sparen! Damit ist den unmittelbaren Konsumwirtschaften und letzten Endes auch den dahinter stehenden Produktionswirtschaften auf lange Zeit nur zum Teil gedient. Auf der anderen Seite darf auch der Verbrauch nicht überschätzt werden. Was wir brauchen, ist eine zweckmäßige Mischung vom Wachstum des Sparens und des Verbrauchs.“

Mit der letzten Formel können wir uns durchaus einverstanden erklären. In Einzelheiten sind wir abweichender Meinung.

Noch eine andere Stelle des Aufsatzes verdient wiedergegeben zu werden. Sie lautet: „Man hat den Eindruck, daß die Unternehmer auch in der Lohnpolitik, wie überhaupt, zuviel klagen und zuwenig unternehmen, zu laut nach außen werben, anstatt still und zäh nach innen zu reformieren. Sie mögen von der Inflationzeit noch nicht recht los, können noch nicht recht zu einem harten Individualismus kommen, der wieder um jeden Fußbreit Platz an der Sonne, um jedes Antontenprojekt und jede Verbesserung kämpft, anstatt sich auf Verhältnisse und Entwicklungen zu verlassen, die vor einiger Zeit noch von selbst hoch und weitertragen mochten. Heute heißt es, sich um die Löhne mühen oder um sie kämpfen, sie entweder aus dem Betrieb und Produkt gewinnen oder sie verweigern.“ Hoffentlich fassen die Unternehmer diese Mahnung so auf, daß sie erst einmal alles aufbieten, um die Lohnerhöhungen „aus dem Betrieb und Produkt zu gewinnen“, d. h., die Betriebsorganisation und Betriebstechnik auf die Höhe bringen. Daß der zweite Weg, die starre Verweigerung von Lohnerhöhungen, nicht nur das größere Risiko für die Unternehmer einschließt, sondern auch wirtschaftlich verfehlt ist, sollte auch der „Köln. Ztg.“ nicht zweifelhaft sein.

Organisierter Tarifbruch der Bauinnungen

Trotzdem die Vertreter der Großindustrie und des Bergbaues ihren auf Zerstückelung unseres letzten Lohnabkommens gerichteten Kampf bereits seit sechs Wochen mit aller Schärfe führen, haben sich noch keine Bauarbeiter gefunden, die für die von der Schwerindustrie ange-

botenen Stundenlöhne arbeiten wollen. Nun scheinen einzelne Bauinnungen den Scharfmachern der Schwerindustrie Sanblangerdienste leisten zu wollen, indem sie in ihren Versammlungen beschließen, den Bauarbeitern nur Stundenlöhne in solcher Höhe zu zahlen, wie sie von der Schwerindustrie als ausreichend bezeichnet wurden.

Daß die Mitglieder der Innungen auch Mitglieder der Arbeitgeberverbände sind, daran stört man sich nicht. Nachstehend lassen wir den Beschluß der Maurerzwanngsinnung von Lüdinghausen bei Münster folgen:

„Saut Versammlungsbeschluss vom 21. d. Mts. der einstimmig gefaßt wurde, können die Tariflöhne in Höhe von 1,07 Mk., die bisher noch auf Vereinbarung beruhen, im hiesigen Bezirke nicht gezahlt werden, wenn nicht die ganze Bauartigkeit zum Erliegen kommen soll. Die Löhne wurden dann von der Versammlung auf 0,90 Mk. für Gesellen und auf 0,75 Mk. für Arbeiter festgesetzt. Wir halten es aber für zweckmäßig, daß jeder Unternehmer mit den Gesellen und Arbeitern einen besonderen Vertrag abschließt, der von dem Arbeitgeber und sämtlichen Arbeitnehmern unterschrieben werden muß. Sollten einzelne Arbeitnehmer den Vertrag nicht unterschreiben wollen, so sollen sie gekündigt werden. Vertragsformulare folgen anbei; in Exemplar behält der Arbeitgeber, das andere behalten die Arbeitnehmer. Der Vertrag ist am demselben Tage, und zwar am Donnerstag, den 25. d. Mts., von allen Arbeitgebern den Arbeitnehmern vorzulegen und von ihnen unterschrieben zu lassen. Die neuen Lohnsätze gelten vom 22. Mai 1925.“

Wir erwarten nun, daß sämtliche Innungsmittglieder sich dem Innungsbeschluss unterwerfen und daß keiner sich aus Eigenbödelei abseits stellt.“

Die Zwangsinnung für das Maurer- und Zimmerergewerbe für Dorsten und Umgegend faßte folgenden Beschluss:

„In Anbetracht der schlechten Verhältnisse erklärten sich die Unternehmer außerstande, die vor kurzem verhängte Lohnerhöhung zu zahlen. Es sollen vielmehr nur gezahlt werden: für die Arbeiter 75 Pfg., für Maurer 90 Pfg., für die Zimmerer 95 Pfg. pro Stunde. Für die Ortschaften Erle, Rhade, Mischernbeck, Bembel ist der Höchstlohn für Maurer 80 Pfg., für die Arbeiter 65 Pfg., für die Zimmerer 85 Pfg.“

Saut Tarif kommen folgende Stundenlöhne in Betracht: Zimmerer 1,13 Mk., Maurer 1,10 Mk., Bauhilfsarbeiter 90 Pfg.

Die Bauunternehmer von Borne im Bezirk Münster haben ihren Arbeiter erklärt, nur die alten Löhne, die vor der letzten Lohnerhöhung gezahlt wurden, zahlen zu wollen. Als unsere Kollegen dagegen protestierten, wurden sie entlassen. Inzwischen ist auch diese Gewalttat auf Veranlassung der Bauinnungen geschehen.

Da die Mitglieder der Bauinnungen größtenteils auch Mitglieder der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe sind, haben wir bereits am 10. und 30. Juni 1925 dem rheinisch-westfälischen Baugewerbeverband in Essen mitgeteilt, daß seine Mitglieder in Lüdinghausen und Nordkirchen sich weigern, den Tariflohn zu zahlen, und als uns der Beschluß der Innung in Lüdinghausen schriftlich zugestellt wurde, haben wir ihm auch davon eine Abschrift gegeben. Eine Antwort auf unsere Schreiben haben wir bis heute nicht erhalten. Als schließlich die zuständigen Bezirksleiter der Bauarbeiterverbände dieserhalb bei dem Westdeutschen Baugewerbeverband persönlich vorstellig wurden, wurde ihnen gesagt, der Arbeitgeberbund habe keine Rechts-

Die Tätigkeit ist, was den Menschen glücklich macht,
Die, erst das Gute schaffend, bald ein Uebel selbst
Durch göttlich wirkende Gewalt in Gutes lehrte.
Denn auf beizeiten morgens! ja, und fändet ihr,
Was gestern ihr gebaut, schon wieder eingestürzt.
Ineisen gleich nur frisch die Trümmer aufgeräumt!
Und neuen Plan erfonnen, Mittel neu erdacht!
So werdet ihr, und wenn aus ihren Augen selbst
Die Welt gehoben in sich selbst zertrümmerte,
Sie wieder bauen, einer Ewigkeit zur Lust!

Goethe

Rationalisierung und Ethik

Das ehrene Geis der Selbsterhaltung zwingt uns, den Kapitalismus der wirtschaftlichen Entwicklung mitzumachen. Wir sind eingepaart in das Räderwerk der Maschine, ob wir wollen oder nicht. Von dieser Erkenntnis ausgehend, ist jede Revolution Niedergang und Rückwärtsbewegung zum Schicksalen. Nur der Mensch, der auf der Wirtschaftlichkeit faßt und in ihr wozelt, kann Answüche mächtig bekämpfen. Gewunde Wirtschaftsethik kennt also keine harte Beschönigung, sondern ist die lebendige Anbahnung an zeitliche Bedingungen. In immer härteren Maße wird die menschliche Tätigkeit durch die Maschine abgelöst, und es ist für den Sozialreformer sicherlich betrübend, daß dadurch viele Arbeiter überflüssig werden, die gelehrte Arbeit in den Hintergrund gedrängt wird und zum bloßen (wenigwertigen) Hand-gehilfen herabstinkt. Aber es wäre töricht, die fortschreitende Entwicklung deswegen ablehnen zu wollen. Es muß nur verhandelt werden, daß sie einen größeren Nachteil mit sich bringt. Sie ist in jeder Etappe als Dienst am Volk und an der Menschheit anzuerkennen. In ihrer letzten Konformierung soll sie ausschließlich das Gemeinwohl fördern. Die Bewusstseinsbildung des Menschen ist allein dazu zu ertragen, wenn gleichzeitig die Wirtschaft dementsprechend wird. Von grundsätzlicher Bedeutung sind in dieser Hinsicht die Lehren der Wirtschaftsethik, welche der Handelslehre der verschiedenen Staaten im verflochtenen Jahre bekannt gab,

in denen es heißt: „Wenn eine Unternehmung erfolgreich betrieben wird mit dem ständigen und wirksamen Bemühen, die Produktions- und Vertriebskosten herabzusetzen, die Qualität der Produkte zu erhöhen und allen Beteiligten, Kunden, Kapitalgebern, Unternehmern und Arbeitern eine gerechte Behandlung zu geben, dann leistet sie der Gesellschaft einen Dienst von höchstem Werte.“ Weil sich der größte Teil der amerikanischen Wirtschaftsführer von diesen Gedankengängen leiten ließ, erklärt es sich, daß sich hier in der Wirtschaftlichkeit und bei den Arbeitnehmern die Einführung der neuen entpersönlichen Produktionsmethoden verhältnismäßig reibungslos vollzogen hat.

Im allgemeinen machen wir uns von dem wirtschaftlichen Amerika eine völlig falsche Vorstellung. Taylorismus und Fordismus sind abschreckende Schlagworte geworden, die das Wesen der Sache nicht treffen. Sicherlich entwickelten sie sich aus dem Eigeninteresse heraus, aber aus einem gesunden Eigeninteresse, das im letzten Grunde nützlichste Selbstbehauptung ist. Es liegt ihr die nüchternere Tatsachenerkenntnis zugrunde, daß die Weltmarktsteuerung weiter fortschreitet. Wir können sie zwar durch Rationalisierung nicht beseitigen, wohl aber verlangsamen. Sollen wir die heutige Lebensweise beibehalten, so müssen wir die Produktionstechnik und die Betriebsführung immer mehr vervollkommen, müssen wir rationalisieren, das heißt mit dem geringsten Aufwand die größten Leistungserfolge zu erzielen suchen. Aufgabe der Wirtschaftsführer ist es, nach immer neuen Wegen zu suchen. Es wäre für die Wirtschaft eines Landes verhängnisvoll, wollte sie in falschverstandenen Konservatismus verfallte und überholte Methoden weiter verfolgen. Die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit würde sie zwingen, die Löhne abzubauen und die Arbeitszeit zu verlängern. Da der Arbeitnehmer hier wie überall der Leidtragende ist, hat er an der Rationalisierung das weitgehendste Interesse. Jedenfalls wäre es um unsere deutsche Wirtschaft wesentlich besser bestellt, wenn unsere Unternehmer alle Kraft und Weisheit auf den Ausbau der Betriebsmittel konzentrierten, statt über zu hohe Löhne und zu kurze Arbeitszeit ein Jammerlied anzukommen. Amerika kann und darf und hier zum Vorbild dienen.

Taylor und Ford verfolgten bei aller grundsätzlichen Kritik denken ihrer Systeme doch den gleichen Endzweck,

die Wirtschaftlichkeit und damit das beste Menschsein der Gesamtheit herbeizuführen. Sie sind also in ihrem Endzweck durchaus sozial, wenn auch die praktische Durchführung insbesondere des Taylorsystems für die Arbeitnehmer unsoziale Nebenwirkungen auslöste. Während jedoch bei Taylor der Wirtschaftsträger völlig zur Sache wird, und er sich die höchsten Wirkungen für den Arbeitsprozess verspricht, je stärker die Persönlichkeit im Arbeiter zurücktritt, geht Ford auch den persönlichen Voraussetzungen nach, die ja zweifellos auf den Gang der Wirtschaft einen mitbestimmenden Einfluß ausüben. Zudem er also die Persönlichkeitswerte in die Veranschlagung hineinzieht, ist sein System auch das sozial vollkommene.

Eine gesunde Rationalisierung darf aber nicht haltmachen bei der Produktion und Betriebsorganisation. Sie muß sich insbesondere auch Geltung verschaffen beim Umschlag der Waren. Der Handel ist heute überflüssig. Erst wenn die viel zu vielen Händler verschwinden, können die übergroßen Gewinnspannen reduziert und die Preise herabgesetzt werden. Die Verwaltungskosten der öffentlichen Körperschaften und Betriebe müssen bis zum geringstmöglichen Maß eingeschränkt werden. Erst dann kann eine Gesundung der Wirtschaft eintreten. Dabei darf die Wirtschaft nur für den augenblicklichen Bedarf arbeiten. Sie hat den Wünschen und Bedürfnissen der Konsumenten nachzugehen, um so auch wirklich Dienerin der Gesamtinteressen zu sein. In weitgehendem Maße sind die Arbeitnehmer an der Wirtschaft zu interessieren durch Mitverantwortung und Mitsprache. In Amerika hat das Bestreben, den Arbeitnehmern durch Spar-, Gratifikations- und Teilzahlungsmöglichkeiten ein Mitbeteiligungs- und Mitbestimmungsrecht zu geben, die besten Erfolge erzielt. Bei der Seifenfabrik Proctor und Gamble in Cincinnati sind die weißen Arbeiter Aktionäre. Die Firma hat ihnen im Jahre 1923 eine Anstellungszusicherung gegeben, das heißt sie garantiert ihnen den Verdienst auch bei einer Wirtschaftskrise für mindestens 18 Wochen im Jahre.

Eine so aufgebaute Wirtschaft löst ein offenkundig bewusst gemolltes soziales und wirtschaftliches Verantwortungsgesühl aus, das höchste Bestleistungen verbürgt. Rationalisierung ohne Ethikierung dagegen ist trügerische Selbsttäuschung. Nur das Zusammenwirken beider verbürgt auf die Dauer gesehen die Zielerreichung.

mittel, um die fraglichen Arbeitgeber zu zwingen, den Tariflohn zu zahlen.

Man kann daran erkennen, wie es mit der Vertragsfreie des Arbeitgeberbundes bestellt ist. Man schließt mit uns Tarife ab und verspricht, alles daran zu setzen, um diese auch durchzuführen.

Das sich die Bauinnungen dazu hergeben, solcherart den Tarifbruch zu organisieren, ist sehr bezeichnend. Man ersieht daran, wiewelch großer Wert diese Gebilde auf Treue und Glauben legen.

Freie Gewerkschaften und Religion

Aus Westdeutschland wird uns geschrieben: Unter der Überschrift „Ein Buch der Zukunft“, bringt die Afa-Bundeszeitung, das offizielle Blatt der sozialistischen Angestelltenverbände, in Heft 5 einen lehrreichen Artikel.

Mathilde Wurm gibt in dem erwähnten Aufsatz eine gedrängte Uebersicht über Inhalt und Stoffgliederung des Buches. Man will durch dieses Buch nicht allein die Arbeitnehmerschaft, sondern auch schon das Kind in den Gedankenkreis des Sozialismus bringen.

Wir sehen also in aller Deutlichkeit das Endziel solcher Erziehungsbestrebungen vor uns. Und da redet man in den Afa-Verbänden von parteipolitischer Neutralität! Damit jedoch nicht genug.

Wenn Bücher mit solchen „Heilslehren“ auch den Mitgliedern des doch religiös neutral sein wollenden Arbeiterbundes durch die Bundeszeitung angeboten werden, dann wahrlich ist es an der Zeit, daß die noch christlich denkenden und fühlenden Mitglieder des Bundes entsprechende Einspruch erheben gegen eine derartige Verhöhnung ihrer heiligsten Güter.

Nur dann, wenn wir bemüht sind, echten tiefen Familienstolz zu pflegen und zu erneuern, wenn wir uns strengen, die fundamentalen Grundzüge des Christentums in die Herzen unserer Kinder zu legen, wenn wir die Jugend in echter Vaterlandsliebe und zu freudigem Nationalbewußtsein erziehen, wird es gelingen, ein starkes Geschlecht zu schaffen, das von hoher, nützlicher Kraft getragen, in der Lage ist, ein neues, hoffnungsvolles Dasein zu schaffen.

Nicht Trennung der Kirche von der Schule, wie die Afa-Zeitung sie fordert, kann uns emporkühren. Fest halten wir an den Grundzügen des Christentums, die unseren Kindern, außerhalb der Familie, auch in der Schule gelehrt werden sollen.

An den Mitgliedern der Afa-Verbände liegt es nun, ihre Ruheanwendung hieraus zu ziehen.

Um 25. Juli 1925 ist der dreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

schalten usw., wird ganz selten und dann auch nur nebenbei erwähnt.

Es ist aber die Hauptsache. Wie schlimm die Dinge stehen, hat der Reichsbankpräsident Dr. Schacht neulich den Unternehmern recht deutlich zu Gemüte geführt.

„Zurzeit sehen die Dinge in der Wirtschaft allerdings nicht so aus, als ob eine wesentliche Besserung eintreten würde; es haftet uns immer noch zu viel Inflationskraft an. Insbesondere ist der ganze Verteilungsapparat unserer Wirtschaft noch immer in der ungeheuerlichsten Weise aufgebläht.“

Den Mangel an Kapitalkraft sucht man ferner vielfach durch Umgestaltung und Erweiterung der äußeren Unternehmungsform zu erlösen, ohne sich des alten Sprichwortes bewußt zu bleiben: „Getreuer Quarz wird breit, nicht stark.“

Die Zahl der ins Handelsregister eingetragenen Firmen von 31.000 Ende 1913 auf über 61.000 im Jahre 1924 gestiegen. Die Vermehrung der Zahl der Aktiengesellschaften wurde auf reichlich das Vierfache der Vorkriegszahl geschätzt.

Die Zahl der Banken und Bankfirmen in Deutschland geht immer noch weit über das Doppelte der Friedensziffer hinaus. Die Zahl der Börsenbesucher ist noch immer übermäßig groß.

Ich befinde mich ja auch sonst oft in der nicht angenehmen Lage, unpopuläre Dinge aussprechen zu müssen, und so wage ich auch hier das Wort eines lebhaften Beobachters darüber, daß die Schwierigkeit der Geldverhältnisse nicht schon in viel höherem Grade zu einer Einschränkung dieses völlig überflüssigen Wirtschaftapparates geführt hat.

Armut der Wirtschaft — Blüte der Banken

Aus den Bilanzen der sieben deutschen Großbanken für das Jahr 1924 geht hervor, daß sie ein sehr gutes Geschäftsjahr hatten. Sie huldigten dem Prinzip: Kleiner Umsatz, großer Nutzen und rechneten ungeheure Kreditzinsen.

Die Großenbanken verteilten Dividenden von 8 bis 10 Prozent und ihre Bruttogewinne waren mit Ausnahme der Berliner Handelsgesellschaft durchweg höher als im Jahre 1913, trotz der viel geringeren Kapitalien, die sie verwaltet haben.

Aus der erwähnten Verheißung der Gewinne abgesehen — geringer als vor dem Kriege, da die Durchführung des Deantennabbaus erhebliche Kosten verursachte, die ganz vom Ertrage des laufenden Geschäftsjahres getragen wurden.

Die Ruhepausen

Mit dieser bisher etwas heimtückisch behandelten Frage befaßt sich Gewerberat Verdach in der „Sozialen Praxis“. Die deutsche Gewerbeordnung schreibt im großen und ganzen eine einstufige Mittagspause für weibliche und jugendliche Arbeiter, außerdem für letztere je eine halbstündige Vor- und Nachmittagspause vor.

liche Arbeitszeit bei dem allgemein üblichen Sonnabendfrühstück vielfach 9 bis 10 Stunden beträgt, hat die Pausenregelung meist eine unzulängliche Behandlung erfahren. Die Mittagspause pflegt oft auf eine halbe Stunde, bisweilen sogar auf 20 Minuten abgekürzt zu werden.

Die vorstehenden Erörterungen decken sich mit der Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Gewerbeärzte, die auf die Einschaltung von Ruhepausen für die Erhaltung der Arbeitskraft das größte Gewicht legen.

Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit durch Einschaltung von Ruhepausen neben den bestehenden konnte der Produktionsbeitrag so erhöht werden, daß nicht nur der Zeitverlust ausgeglichen wurde, sondern darüber hinaus ein Mehrertrag bis zu 20 Prozent erreicht werden konnte.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Gladbeck

Die Arbeitsverhältnisse in unserer Verwaltungsstelle entwickelten sich im Laufe dieses Frühjahres einigermaßen zufriedenstellend. Besonders gestaltete sich die Privatbautätigkeit in Gladbeck, Bottrop, Dorsten und Borken ziemlich reger.

Da kam die neue Lohnveränderung am 22. Mai. Mit einem Schlage war infolge dieser Lohnverhöhung die Bautätigkeit, besonders auf den hiesigen Zechen, brach gelegt.

So konnten wir mit Befriedigung feststellen, daß fast überall neben der Stilllegung der Zechenbauten die Privatbautätigkeit ungehindert ihren Gang ging. Gewiss verjuchten die Zechenverwaltungen, unseren im Privatbaugewerbe untergeschlüpfen Anträgen Schwierigkeiten zu machen dadurch, daß sie von den Arbeitgebern forderten, entweder diese zu entlassen, oder aber sie erhielten keine Steine mehr geliefert.

So konnten wir mit Befriedigung feststellen, daß fast überall neben der Stilllegung der Zechenbauten die Privatbautätigkeit ungehindert ihren Gang ging. Gewiss verjuchten die Zechenverwaltungen, unseren im Privatbaugewerbe untergeschlüpfen Anträgen Schwierigkeiten zu machen dadurch, daß sie von den Arbeitgebern forderten, entweder diese zu entlassen, oder aber sie erhielten keine Steine mehr geliefert.

So konnten wir mit Befriedigung feststellen, daß fast überall neben der Stilllegung der Zechenbauten die Privatbautätigkeit ungehindert ihren Gang ging. Gewiss verjuchten die Zechenverwaltungen, unseren im Privatbaugewerbe untergeschlüpfen Anträgen Schwierigkeiten zu machen dadurch, daß sie von den Arbeitgebern forderten, entweder diese zu entlassen, oder aber sie erhielten keine Steine mehr geliefert.

So konnten wir mit Befriedigung feststellen, daß fast überall neben der Stilllegung der Zechenbauten die Privatbautätigkeit ungehindert ihren Gang ging. Gewiss verjuchten die Zechenverwaltungen, unseren im Privatbaugewerbe untergeschlüpfen Anträgen Schwierigkeiten zu machen dadurch, daß sie von den Arbeitgebern forderten, entweder diese zu entlassen, oder aber sie erhielten keine Steine mehr geliefert.

Allgemeine Rundschau

Der Arbeitgeberanteil an der Wirtschaftsgesundung

Wenn man der Unternehmerpropaganda glauben darf, dann ist die Gesundung unserer Wirtschaft eigentlich nur von der Arbeiterschaft zu erwarten: sie soll sich zu diesem Zwecke niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und eine wesentliche Herabminderung der sog. Soziallasten gefallen lassen.

Arbeiter organisiert war, wurden diese restlos unserem Verbande zugeführt und an die Firma die Forderung gestellt, den Hilfsarbeiterlohn zu zahlen. Anstatt diesem nachzukommen, wurden sämtliche Arbeiter entlassen. Das gerichtliche Nachspiel dürfte folgen. Bis heute ruht diese Arbeit, da die Organisation darüber wacht, daß nicht für Tiefbauarbeiterlohn weiter gearbeitet wird. Braunschweiger ist Vorsitzender vom hiesigen Arbeitgeberverband und hätte man von ihm eine andere Haltung erwarten können. Wenn schon die Zechenverwaltungen den Hilfsarbeiterlohn nicht zahlen wollten, dann sollte sich Herr Braunschweiger auf die tarifliche Vereinbarung berufen.

Wie gesagt, wurde uns im Privatbaugewerbe durchweg keine Schwierigkeit gemacht, und wir geben uns schon der Hoffnung hin, daß die Sache so weiter lief, aber der Mensch denkt und die Unternehmer von Vorken und Dorsten denken. In Vorken konnten sich auch unsere dortigen Unternehmer absolut nicht mit den neuen Löhnen abfinden. Sie betrafen die Bauarbeiter eines Tages frühmorgens zum Büro und eröffneten ihnen, die erhöhten Löhne nicht zahlen zu können, da sie dieselben von den Bauherren nicht zurück erhielten. Wer nicht für den alten Lohn (78 und 66 Pfg.) weiter arbeiten wolle, sei hiermit gekündigt. Selbstverständlich lehnten unsere Vorkener Kollegen dieses Anjinnen entschieden ab. Die Vorkener Unternehmer (Gebr. Vorkens und Gebr. Schwerts) entließen aber wohlweislich nicht alle Bauarbeiter, weil sie dadurch in Druck gekommen wären, sondern sie gingen dazu über und brachten alle unsere besten Kollegen zur Entlassung. Damit glaubte man einmal Mißmut und Unkümlichkeit unter unsere Vorkener Bauarbeiter zu säen und andererseits wiegte man sich in der Hoffnung, dadurch unserem christlichen Bauarbeiterverband für immer den Garaus zu machen. Es kam jedoch etwas anders. Sämtliche Entlassenen wurden anderweitig in Arbeit gebracht und der Organisationsgedanke hat fester denn je bei unseren dortigen Kollegen Wurzel geschlagen. Nein, auf diese Weise lassen sich unsere Kollegen nicht müde machen, das dürfen mittlerweile auch unsere Vorkener Unternehmer eingesehen haben. Man hat sich tatsächlich bequemt, den noch dort arbeitenden Maurern und Zimmerern den tariflichen Lohn zu zahlen, während man die Hilfsarbeiter noch mit niedrigeren Löhnen abspeist. Auch hier wird die Organisation schon den Kollegen zu ihrem Rechte verhelfen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß unsere Vorkener Bauunternehmer schon ihr Verhalten bereut haben, denn sie benötigen jetzt Facharbeiter, und die seinerzeit Entlassenen ziehen es vor, ihre jetzige Arbeit einstweilen zu behalten.

Und nun unsere Dorstener Unternehmer. Schon an der Zahl, dabei einig in dem Bestreben, die Bauarbeiterlöhne eigenmächtig herabzusetzen. Just in der letzten Junijungversammlung wurde der Antrag gestellt und einstimmig beschlossen, ab 2. Juli für Maurer anstatt 1,10 M. nur 90 Pfg. und für Bauhilfsarbeiter anstatt 90 Pfg. nur 75 Pfg. zu zahlen. Die Leistung wurde dann stugs in den beiden Dorstener Tageszeitungen bekanntgegeben, damit die Bauaufsichtigen Morgenluft witterten. Aber auch hier hatten die Unternehmer ihre Rechnung ohne die Bauarbeiterorganisationen gemacht. Von unserer Verbandsleitung wurde sofort nach Bekanntwerden dieser Maßnahme eine öffentliche Bauarbeiterversammlung im katholischen Gezellenhaus in Dorsten einberufen. Fast alle Dorstener Bauarbeiter waren zur Stelle. Kollege Einig (Stadtrat) hatte das Referat übernommen und griffelte das Verhalten der Dorstener Maurerinnung. Nicht die Forderung habe über Löhne zu beschließen, sondern die beiderseitigen Organisationen der Unternehmer und Bauarbeiter. Aus diesem Grunde forderte er die Dorstener Kollegen auf, unter keinen Umständen für die festgesetzten Löhne der Forderung zu arbeiten, sondern vor wie nach sich auf den Boden der Lohnvereinbarung vom 2. Mai zu stellen. Er bedauerte es außerordentlich, daß die Unternehmer seiner Einladung zur Versammlung nicht Folge geleistet und sich mit einem kurzen Antwortschreiben begnügt hätten, worin sie ihre Stellungnahme zu rechtfertigen suchten. Einstimmig wurde sodann von der Versammlung beschlossen, das Anjinnen der Dorstener Unternehmer zurückzuweisen und, falls nicht die tariflichen Löhne weiter gezahlt würden, die Arbeit einzustellen und abzureisen. Entschlossenheit können wir heute feststellen, daß alle Kollegen, obgleich durchweg anjilige Bauarbeiter in Frage kommen, ihr Bündel schnürten und es vorzogen, in anderen Städten sich Arbeit zu suchen. Auch in diesem Falle hat sich die gute Zusammenarbeit mit der Bezirksleitung bewährt, die sofort für offene Stellen sorgte. Freilich muß auch zu der Dorstener Affäre gesagt werden, wären die Organisationsverhältnisse besser gewesen, hätten die Arbeitgeber diesen Streich sich nicht erlaubt. Auch 20 Kollegen konnten wir neu in unseren Verband aufnehmen, die bis dahin alle Maßnahmen unsererseits in den Wind geschlagen hatten.

Kögen die Dorstener Bauarbeiter aus dieser Episode lernen, daß nur durch die Organisation es möglich ist, die verbrieften Rechte der Bauarbeiter zu schützen. Kollegen von Dorsten, ihr habt bewiesen, daß ihr noch kämpfen könnt, wenn ihr nur wollt. Seit jects dessen eingedenk, was ihr in der letzten Versammlung gelobt, nicht eher nach Dorsten zurückzukehren, bis euch die Organisation ruft und die dortigen Unternehmer ein für allemal davon befehlet sind, eine Extrarunde in der Lohnfrage zu tanzen. Unsere Kollegen aus dem Reich eifuchen wir, unter keinen Umständen in Dorsten Arbeit anzunehmen. Nur dann wird es uns möglich sein, die Dorstener Unternehmer für alle Zeiten zu kurieren.

Die Ansichten der Sozialisten in unserer Bauverwaltungsstelle sind für spätere Jahre die besten. Freilich gegenläufige die Wirtschaftskrise schwer auf dem hiesigen Baugewerbe. Es vergeht fast keine Woche, wo nicht Feiertage im Bergbau eingelegt werden. Jetzt geht sogar die Werbung durch die Presse, daß wegen den vielen Entlassungen in unserem Bezirk im Bergbau, die Schachanlagen Nordstern I/II und III/IV demächst

stillgelegt werden sollen. Dadurch können weitere 3800 Bergleute auf die Straße. Die Gemeinde Horst, die zu unserer Bauverwaltungsstelle gehört, wird zweifellos durch diese Maßnahme völlig ruiniert. Auch für unseren Verband werden derartige Erscheinungen nachteilige Wirkungen auslösen. Trotzdem werden wir den kommenden Dingen gewappnet entgegentreten, wenn unsere Kollegen die Zeichen der Zeit verstehen. J. Einig.

Sozialpolitik u. -versicherung

Ein neues Gesetz über die Todeserklärung Kriegsbeschädigter. Vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverwundeter (V. B. K.), Berlin, N. O. 18, Große Frankfurter Straße 58, wird uns mitgeteilt: „Mit Wirkung vom 1. März 1925 ist ein neues Gesetz über die Todeserklärung Kriegsbeschädigter in Kraft getreten. Die wesentlichsten Bestimmungen desselben lauten: Als Todestag ist der 10. Januar 1920 anzunehmen. Wird ein rechtliches Interesse an der Annahme einer anderen Todeszeit glaubhaft gemacht, so ist der Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Todeserklärung zulässig geworden ist, oder, wenn der Beschädigte seit einem besonderen Kriegsereignis (einem Gefecht, einer Sprengung, einem Schiffsunfall oder dergleichen), an dem er beteiligt war, vermißt wird, der Zeitpunkt des Ereignisses als Zeitpunkt des Todes anzunehmen, sofern nicht die Ermittlung eine andere Annahme rechtfertigen. Solange nicht die Todeserklärung erfolgt ist, wird das Fortleben des Beschädigten bis zum 10. Januar 1920 oder bis zu dem Zeitpunkte vermutet, der in Ermangelung eines anderen Ergebnisses der Ermittlung als Zeitpunkt des Todes anzunehmen ist. Ist in einem nach den Vorschriften dieser Verordnung erlassenen Ausschlußurteil der Zeitpunkt des Todes festgesetzt, so hat das Gericht die Feststellung auf Antrag zu berichtigen, wenn ein rechtliches Interesse an der Annahme einer anderen Todeszeit glaubhaft gemacht wird. Ist der Zeitpunkt des Todes unrichtig festgestellt, so kann die Berichtigung auch von Amts wegen erfolgen. Anrechnungsfrage findet nicht statt. Ein vor dem Inkrafttreten bereits eingeleitetes Aufgebotsverfahren ist nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen, es sei denn, daß sich der Antragsteller auf die Vorschriften dieses Gesetzes beruft.“

Bau-Rundschau

„Bekämpfung der Wohnungsnot erste Sozialpflicht“

Der am 27. Juni in Eisenach versammelte deutsche evangelische Kirchenauschuß, das Vertreterorgan der sämtlichen im Kirchenbund zusammengeschlossenen Landeskirchen Deutschlands, hat nach eingehenden Beratungen für die Wohnungsnot in einer einstimmig beschlossenen Rundgebung Stellung genommen.

Eine Umfrage des Kirchenauschusses hat in den verschiedensten Reichsteilen Deutschlands erschütternde Bilder zutage gefördert. Besonders ernst sind die seelischen Wirkungen der Not: geistige Verkümmern der Jugend, Hemmung der Arbeitslust durch Wohnungen, in denen es keine Möglichkeit eines Feierabends gibt, Schwanden aller Freude am Leben. Vor allem Nachstum und Pflege religiösen Lebens wird unter dem Druck der Wohnungsnot aufs höchste erschwert. Der deutsche evangelische Kirchenauschuß als die berufene Vertretung der evangelischen Kirchen Deutschlands, darf zu diesen juchbaren Notständen nicht schweigen. Er erblickt in der Bekämpfung der Wohnungsnot den Ausgangspunkt aller sozialen Fürsorge, die erste und vornehmste Sozialpflicht. Die Bruderliebe kann nicht mit ansehen, wie Volksgenossen unter den geschändeten Verhältnissen äußerlich und innerlich zugrunde gehen.

Trotz allen vorhandenen Schwierigkeiten könnte mehr geschehen. Besondere Anstrengungen werden für geraume Zeit erforderlich sein. Sonderinteressen einzelner Personen und Gruppen werden gegenüber den dringenden allgemeinen Interessen zurückgestellt werden müssen. Luxus- und Vergnügungssucht im privaten wie im öffentlichen Leben haben kein Recht. Durchgreifendes wird aber nur durch eine umfassende Herstellung neuer Wohnungen und durch die Förderung des Wohnungsbaues mit öffentlichen Mitteln unter Zurückstellung anderer noch so berechtigter Wünsche auf sozialem und kulturellem Gebiet zu erreichen sein.

Wohnungsnot und Verbrechen

Die Untaten des kürzlich hingerichteten Massenmörders Haarmann haben der Presse Anlaß zu allerlei mehr oder weniger tiefgründigen Untersuchungen über den Ursprung der grauenhaften Verbrechen gegeben. Das Bemerkenswerteste scheint uns zu sein, was Pastor Viktor Bode im „hanoverschen Kurier“ schrieb:

„Es wäre sehr schade, wenn die ganze Erregung, die der Fall Haarmann hervorgerufen hat, nicht in irgendeiner Weise dazu führte, daß man den Notständen, die durch ihn ins helle Licht gestellt worden sind, einmal mit Ernst und Nachdruck abzuwehren suchte. Soweit ich es übersehe, sind es vor allen zwei Dinge, auf die man am ehesten der gräßlichen Vorgänge den Finger legen muß. Inerst die Verhältnisse in weiten Bezirken unserer Innenstadt im allgemeinen und sodann die Lage der dort wohnenden und der obdachlosen junger Männer im besonderen.“

Sie meisten hannoverschen vermeiden gewisse Straßen der Innenstadt ängstlich und haben deshalb von den dortigen Zuständen kein klares Bild. Wer aber genauer zugehört hat, weiß, daß sich dort viele Hun-

berte von Wohnungen finden, die auch den allergeringsten Anforderungen der Gesundheitspflege Hohn sprechen und in denen sich niemals ein glückliches Familienleben gestalten kann, Wohnungen, aus denen die Menschen geradezu mit Gewalt auf die Straße, in die Wirtschaft zum Verbrechen getrieben werden. Und solche Wohnungen finden sich nicht nur in der Ballhofstraße und im Johannis Hof, sondern auch auf der Osterstraße und der Kalenberger Straße. Frische Luft und Sonnenschein sind in diesen Wohnhöhlen, zu denen oft schon der Zugang beinahe lebensgefährlich ist, etwas Unbekanntes. Dunkelheit und Feuchtigkeit herrschen in ihnen. In solchen Wohnungen müssen viele Familien hausen, müssen Hunderte hannoverscher Kinder aufwachen. Ist es da ein Wunder, daß Krankheit, Unzufriedenheit und Verbrechen hier zu Hause sind? Man als einmal haben wir es erlebt, daß Kinder aus diesen Straßen, die irgendwo auf dem Lande für einige Zeit untergebracht waren, mit Tränen in den Augen gebeten haben, sie doch nicht wieder in ihre Wohnhöhlen zurückzuführen, daß sie sich mit Händen und Füßen wehrt haben, wenn sie wieder „nach Hause“ sollten und ist nicht alle Lungenfürsorge ein Unding, wenn die Tuberkulosen nach einer Kur in Niesburg oder sonstwo wieder in ihre dunklen und feuchten Läden zurück müssen? Zu der Wohnungsnot kommt die ständige Not. Eine ganze Reihe von Straßen der Innenstadt sind Sitz der Prostitution. Es bedarf keine langen Ausführungen, wie stark dadurch die Jugend in dieser Gegend gefährdet ist.

Die allgelehrten Tatsachen sind allgemein bekannt. Durch eine Veröffentlichung des Wohlfahrtsamtes ist vor mehreren Jahren auch festgestellt worden, daß gerade in der Innenstadt viele kinderreiche Familien wohnen müssen. Trotzdem sind wirklich ernste Schritte zur Besserung nicht unternommen. Man meint offenbar, die Zustände ließen sich nicht ändern. Man rechnet damit, daß bei den meisten der Bewohner dieser Gegend eine Abgestumpftheit gegen ihr Elend eingetreten ist und sie sich schließlich gewissermaßen in Schmutz wohlfühlen. Man beruhigt sich dabei, daß es in jeder Großstadt eine solche Gegend für die „Hefe des Volkes“ geben müsse, und ist glücklich, daß der Berliner Kriminalkommissar gesagt hat, daß der Prozentsatz der Verbrecher in Hannover auch nicht höher sei als in anderen Großstädten. Vielleicht bedauert man auch, infolge der schwierigen finanziellen Lage keine großzügige Hilfe ins Auge fassen zu können.

Nun ist das ja sicher, daß wir jetzt nicht — wie Hamburg vor dem Kriege begann — ganze Straßenzüge niederreißen und neu aufbauen können. Aber das eine darf wohl mit Zug und Recht gefordert werden, daß alle Personen, in deren Hand das Wohl und Wehe unserer Stadt gelegt ist, seien es nun Magistratsmitglieder, Bürgervorsteher oder andere, einmal gründlich die Verhältnisse in den Straßen ansehen (auch in möglichst viele Häuser einmal hineingehen) und dann mit vollem Ernst die Frage „Was läßt sich tun?“ erwägen. Ich glaube, daß dabei das Studium der Schriften von Maschke, insbesondere seiner „Bodenreform“ und seiner „Aufgaben der Gemeindepolitik“ ihnen von großem Wert sein wird. Wenn dies bei allen Parteien geschieht — und ich möchte, sie alle hätten ein gleiches Interesse an der Trockenlegung des Sumpfes in unserer Innenstadt — dann müßte sich meines Erachtens ein Programm ausarbeiten lassen, das vielleicht erst im Laufe von Jahren — dann aber auch bestimmt — wesentliche Verbesserungen ermöglicht.

Dazu wäre zu bemerken, daß Hannover keineswegs die schlechtesten Wohnungsverhältnisse unter den deutschen Großstädten hat. In Berlin, Breslau und einer Reihe weiterer Städte sieht es noch sehr viel trostloser aus. Um so mehr heben sich die vorstehenden Ausführungen aus dem lokalen Rahmen heraus, kommt ihnen eine allgemeine Bedeutung zu.

Sterbetafel

Am 10. Juli starb unser Kollege, Zimmerer und Berkamensmann **Anton Rurfschalle**, im Alter von 45 Jahren an Magenkrebs. Der Verstorbene war ein musterhaftes Mitglied seit der Gründung der Ortsgruppe und jahrelanger Hauskasserer, welcher sein Amt gewissenhaft und in Treue bis ins Krankenlager versah.
Verwaltungsstelle **Rudow-Gadisch**.

Am 16. Juli starb unser lieber Kollege **Anton Großhagen** aus Godesberg nach siebenmonatlicher schwerer Krankheit im Alter von 49 Jahren. 19 Jahre hat er unserem Verband angehört und tatkräftig an dem Aufbau der Organisation mitgearbeitet.
Verwaltungsstelle **Bonn**.

Nach einjähriger schwerer Krankheit verchied unser treues, altes Mitglied, der **Maister Paul Seilauer**, im Alter von 65 Jahren.
Verwaltungsstelle **St.-Raffelsb.**

Ehre ihrem Andenken!

Die Polier Schule

Unübertroffenes Selbstunterrichtslehrgewerbe für Maurer, Zimmerer und Eisenbetonfacharbeiter. Herausgegeben von **Hermann Bohmann** in Bochum, Berner Str. 93. Neu erschienen. Preis 4.— M. Zu beziehen vom Verleger. Empfehle meinen brieflichen Fernunterricht für Maurer, Zimmerer und Betonfacharbeiter. Man verlange Probebriefe. (Preis 1,30 M. inkl. Porto.)